

Pakt für Arbeit, Innovation und soziale Gerechtigkeit

**Eine Erklärung des
Ökumenisch-sozialethischen Arbeitskreises
Kirche - Gewerkschaft**

**Kontaktanschrift: Hiltrud Broockmann, Alexanderstr. 167, 70180 Stuttgart
(d 0711/2097-134; p 0711/6494069)**

Das „Sparpaket“ der Bundesregierung, die nicht weniger rigorosen Sparprogramme der Länder und Kommunen, der Angriff auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die Auseinandersetzungen um die Finanzierung von Kranken- und Rentenversicherung und nun die Attacken gegen den Flächentarifvertrag haben das soziale Klima in der Republik nachhaltig gestört und den sozialen Frieden erschüttert. Massen-Demonstrationen und Unruhen in den Betrieben lassen nun erkennen, daß der „Siedepunkt“ erreicht sein kann. Die Verantwortlichen in Wirtschaft und Regierungen müßten jetzt endlich erkennen, daß ihre Politik nicht zukunftsfähig ist. Auf viele vorausgegangene Warnungen vor einer sich spaltenden Gesellschaft und einer wachsenden Disparität zwischen Arm und Reich, Unter- und Überbeschäftigten haben sie nicht gehört.

In dieser aufgeheizten Situation meldet sich der „Ökumenische Sozialethische Arbeitskreis Kirche-Gewerkschaft“ zu Wort. Dieser Kreis, der sich aus katholischen und evangelischen Sozialethikern und Praktikern aus der kirchlichen Industrie- und Sozialarbeit sowie aus haupt- und ehrenamtlichen GewerkschafterInnen zusammensetzt, möchte mit dieser Erklärung eintreten für einen gesellschaftlichen „Pakt für Arbeit, Innovation und Soziale Gerechtigkeit“.

1. Lähmende Angst in den Betrieben

(1) Die anhaltende, hartnäckige Massenarbeitslosigkeit in Verbindung mit rigorosen Kostensenkungsprogrammen der Wirtschaft erzeugt oder verschärft in den Betrieben ein *Klima der Angst und der Verunsicherung*. Erhebliche Arbeitsplatzverluste, panikartige Entlassungswellen, Ausgründungen und Verlagerungen, das Ausufern befristeter, geringfügiger und ungeschützter Arbeitsverhältnisse sowie das Abdrängen ehemals abhängig Beschäftigter in die Scheinselbständigkeit erzeugen bei den Betroffenen verheerende psychische Auswirkungen.

Wie viele Betriebs- und Personalräte beobachten auch wir,

- daß Menschen aus Angst um ihren Arbeitsplatz krank zur Arbeit gehen,
- daß Arbeitsfreude und -motivation schwinden, weil sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur noch als Kostenfaktoren behandelt fühlen, die es abzubauen gilt;
- daß eine große Entsolidarisierung um sich greift und
- immer weniger ArbeitnehmerInnen bereit sind, sich als Vertrauensleute oder Betriebsräte zu engagieren,
- daß die Unternehmenskultur zerfällt, betriebliche Konsense aufgekündigt werden und nur noch die nackte Kapitallogik („shareholder value“) das Geschehen bestimmt,
- daß Menschen in einer Art Überlebensmentalität nur noch an sich selber denken.

Die angstbesetzte Haltung „Rette sich wer kann“ beschädigt die Arbeitsmoral und beeinträchtigt die Arbeitsleistung. Wer innerlich schon gekündigt hat, identifiziert sich nicht mehr mit dem Unternehmen und den Unternehmenszielen. Die jüngsten Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung haben darüberhinaus das Mißtrauen der Belegschaften ihrem Management gegenüber erheblich vertieft.

Auch *Betriebs- und Personalräte* werden immer häufiger unter Druck gesetzt. Ständig unter der Bedrohung von Arbeitsplatzabbau oder -verlagerung stehend, fühlen sie sich genötigt, Tarifvertragsbruch zu dulden, und verletzen damit ihren gesetzlichen Auftrag. Versuchen sie aber standzuhalten, werden sie oft von ihren Belegschaften bedrängt oder im Stich gelassen. Betriebliche Interessenvertretung gerät immer mehr in die Defensive und kommt ihrer eigentlichen Aufgabe immer weniger nach, Arbeitsbedingungen und -beziehungen im Interesse der Beschäftigten und der Unternehmen zu gestalten und auszubauen.

2. Die Risse werden tiefer

Auch im *gesellschaftlichen Raum* nimmt die Spaltung weiter zu.

- Legt man die *Armutsgrenzen* der EU zugrunde, verfügen mehr als 10 % der bundesdeutschen Bevölkerung über weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens und gelten als arm. Gleichzeitig ist zu beobachten, daß immer mehr

Arme noch viel ärmer, immer mehr Reiche viel reicher werden. Die wiederholt unterlassene Anpassung der Sozialhilfe-Richtsätze und die nicht verstummende Diskussion um ein „Lohnabstandsgebot“ begründen den Verdacht, daß das bisher gültige Bedarfsprinzip verlassen werden soll.

- Arbeitslosigkeit wird für immer mehr Menschen zur *Dauerarbeitslosigkeit*. Diese treibt heute schon viele bis an oder über die Armutsschwelle. Werden wie geplant Leistungen und Bezugsfristen weiter gekürzt, wird die Erwerbslosigkeit noch mehr zur Armutsfalle als bisher.
- Die *Sparbeschlüsse der Bundesregierung* belasten einseitig Arme, Kranke, Ältere, Arbeitslose, Frauen und Familien. Gleichzeitig werden Wirtschaft und Vermögende erheblich entlastet.
- Die *Maßnahmen zur Gesundheitsreform* und die anhaltenden Diskussionen um die *Finanzierbarkeit der Rentenversicherung* zielen eindeutig darauf ab, die bisherigen Solidar-Modelle auszuhöhlen und soziale Sicherung nach der Gesetzlichkeit des Marktes zu organisieren. Danach brauchten Junge, Leistungsfähige und Gesunde nicht mehr für die Lasten der Alten, Kranken und Behinderten einzutreten.

Immer mehr Menschen fühlen sich vom Staat abgeschrieben und im Stich gelassen. Es ist nicht verwunderlich, daß sie mit Wut und Staatsverdrossenheit reagieren. Die Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall lassen erkennen, daß eine Schmerzschwelle überschritten wurde. Weitere Einschnitte ins soziale Netz werden mit Sicherheit nicht mehr widerstandslos hingenommen. Der soziale Friede in der Bundesrepublik droht zu zerbrechen.

3. Ausgelutscht: Das Kostenargument

Als Begründung für diese - im Wortsinn - einschneidenden Maßnahmen wird von Wirtschaft und Politik einseitig die *Kostenbelastung der Unternehmen* in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte gerückt, allen voran die Arbeitskosten. Demgegenüber bestätigte vor kurzem das Münchner IFO-Institut frühere Analysen des DIW, wonach hohe Stundenlöhne „gerechtfertigt erscheinen, wenn man Arbeits- und Stundenproduktivität berücksichtigt.“ Auf

gesamtwirtschaftlicher Ebene erscheinen „*die realen Lohnstückkosten nicht übermäßig hoch*“. Dennoch wird hartnäckig an der These vom „Hochlohnland“ festgehalten und diese noch dramatisch erweitert durch die These vom „Hochsteuerland“. Die im internationalen Vergleich relativ hohen Körperschaftssteuern werden „*durch noch immer günstige Abschreibungsregelungen für Bauten und steuerliche Begünstigung der Gesellschafter-Fremdfinanzierung*“ kompensiert, wie das IFO-Institut bestätigt hat.

Die leidige Standort- und Kostendebatte blieb psychologisch nicht ohne Wirkung: Weite Teile der Bevölkerung sind tatsächlich überzeugt, Deutschland - als der Welt zweitgrößter Exporteur! - hätte auf den internationalen Märkten seine Wettbewerbsfähigkeit verloren. Verstärkt wird diese Verunsicherung noch durch den ständigen Hinweis auf die „Globalisierung“ der Wirtschaft, die einer genauen Nachprüfung gar nicht standhält. Deutsche und ausländische Direktinvestitionen, Handelsverflechtungen und internationale Kapitalströme beziehen sich überwiegend auf die wichtigsten Industrieländer. Das immer wieder beschworene „weltweite Dorf, in dem wir gemeinsam produzieren“ scheint in Potemkin zu liegen.

4. Sparen oder umverteilen?

Hinter Sparbeschlüssen, Sozialabbau und den Angriffen gegen den Flächentarifvertrag verbirgt sich nichts anderes als ein *Macht- und Verteilungskonflikt*, der mit staatlicher Hilfe zugunsten der Kapitaleigner entschieden werden soll. Zu diesem Zweck wird der ehrliche Sparwille der Bevölkerung und gerade auch der „kleinen Leute“ instrumentalisiert und mißbraucht. Mit der Entlastung der Sozialhaushalte und der Begrenzung der Neuverschuldung sollen die Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllt werden, damit die Bundesrepublik Deutschland gleich zu Beginn der Währungsunion Einfluß auf die Konditionen des Euro nehmen kann, von dem sich vor allem transnationale Konzerne und Banken zusätzliche Gewinne versprechen.

Dies alles sind nicht nur innerdeutsche Fragen. Wegen des Gewichtes Deutschlands in der Europäischen Union, im weiteren Europa und in der Welt haben sie weitreichende Wirkungen. An ihnen entscheidet sich auch, ob Deutschland (mit Frankreich) wieder einmal dabei ist, wenn die Welt neu verteilt wird. Oder ob es gelingt, die Kräfte der Völker auf den Auf- und Ausbau von Netzen der Friedensförderung und der weltbildenden und umweltschonenden Kooperation gerichtet werden.

5. Sozialabbau: kontraproduktiv

Der „Ökumenisch-sozialethische Arbeitskreis“ hält die Politik der Umverteilung von öffentlichen auf private Haushalte, vom Bund auf die Länder und Kommunen, von abhängig Beschäftigten auf die Kapitaleigner, von Investoren auf Vermögenseigentümer für ökonomisch falsch und gefährlich, denn

- sie riskiert eine kontraproduktive Deflations- und Austeritätspolitik à la Brüning, die eine verhängnisvolle wirtschaftliche Abwärtsspirale auslöst;
- sie schöpft Kaufkraft ab und veranlaßt potente Käuferschichten infolge allgemeiner Verunsicherung zu Kaufzurückhaltung;
- sie führt so zu massiven Arbeitsplatzverlusten.

Der als „*Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung*“ getarnte und schönfärberisch als „Spar-Paket“ bezeichnete drastische Sozialabbau bedroht darüberhinaus Hunderttausende von Arbeitsplätzen im Sozial- und Gesundheitswesen, im Krankenhaus- und Kurbereich.

6. Spaltprodukt: Wertezzerfall

Eine Spar-Politik, die so einseitig die Lasten verteilt und die Gesellschaft spaltet, ist ethisch nicht zu rechtfertigen. Wir begründen dies vor allem mit folgenden Punkten:

- *Arbeit ist ein Menschenrecht*, auch wenn - im Unterschied zum Eigentum! - die Arbeit keinen Verfassungsschutz genießt. Programme, die mehr Arbeitsplätze kosten als sie schaffen, sind untauglich! Wo der Markt Vollbeschäftigung nicht mehr garantiert, muß der Staat subsidiär initiativ werden. Demgegenüber aber bedeutet die geplante „Reform“ des AFG den Rückzug aus der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Schon jetzt ist erkennbar: Zahllose Arbeitslosenprojekte werden in ihrer Substanz bedroht. ABM als bewährte Methode, arbeitslose Menschen wieder an Arbeit heranzuführen, werden durch Abschläge auf die Entgelte und verminderte Förderung ausgetrocknet. Verschärfte Zumutbarkeitsregelungen werden den Berufsschutz aushebeln und zusammen mit den Einschränkungen im Umschulungs- und Fortbildungsbereich zu einer Dequalifizierung der Arbeit führen.

- Die derzeitige Politik der Bundesregierung beschädigt oder zerstört absichtlich oder gar mutwillig das grundgesetzlich garantierte *Solidaritäts- und Sozialstaatsprinzip*, den bisherigen Garanten des sozialen Friedens im Lande. Wir beklagen die allmähliche Aushöhlung aller bewährten Solidarsysteme, wie z.B. Renten- und Krankenversicherung und deren Preisgabe an reine Marktmechanik. Diese kann schon deswegen nicht funktionieren, weil die Markt-Subjekte nicht gleichgestellt sind, sondern in Schwache und Starke auseinanderfallen. Das Ergebnis wird sein: Wer arm ist, stirbt früher. Für arme Kranke und arme Alte wird allenfalls eine Art Grundversorgung übrig bleiben, die überwiegend von ihnen selbst finanziert werden muß.
- Diese radikale Ökonomisierung und Vermarktung aller Lebensbereiche führt darüberhinaus zum *Zerfall der politischen Kultur*. Das bislang unumstrittene Prinzip der Vertragstreue wurde in diesen Tagen offenkundig mißachtet; Flächentarifverträge - seit Jahrzehnten als „Friedensverträge“ geachtet und weltweit anerkannt - sollen in der Rumpelkammer der Geschichte verschwinden. Die ausgestreckte Hand der Gewerkschaften für ein „Bündnis für Arbeit“ wurde von Politik und Arbeitgebern brüsk zurückgewiesen. Konsens- und Vertragskultur, die Kennzeichen einer demokratischen Gesellschaft, werden einfach verabschiedet. Verwertungsziele und -zwänge der (herrschenden) Ökonomie werden im Neo-Liberalismus zum Selbstzweck, denen sich Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, Menschenwürde und Solidarität, politisches und soziales Handeln zu unterwerfen haben. Der Zerfall dieser Werte aber führt den Zerfall der Gesellschaft herauf und entartet zum chaotischen Kampf aller gegen alle.

7. Alternativen:

Der „Ökumenisch-Sozialethische Arbeitskreis“ schlägt vor, die „Bündnis-Idee“ wieder aufzugreifen und einen von allen gesellschaftlich relevanten Kräften getragenen „*Pakt für Arbeit, Innovation und Soziale Gerechtigkeit*“ mit folgenden Elementen ins Leben zu rufen:

- *Abwehr* sozial unausgewogener und sozialetisch unverantwortlicher Sparbeschlüsse; sozialer Friede ist nicht disponibel und für ein zukunftsfähiges Deutschland unverzichtbar. Der Flächentarifvertrag muß erhalten bleiben.

- *Arbeit und Einkommen teilen* durch wirksame Maßnahmen der Arbeitszeitverkürzung bei sozial gestaffeltem Lohnausgleich: Teilzeitarbeit, Langzeiturlaube, Ansparmodelle, Altersteilzeit, Abbau von Überstunden.
- Eine *wirksame Arbeitsmarktpolitik* mit beruflicher Qualifizierung, Weiterführung und Intensivierung von ABM, Errichtung von Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaften sowie der Eröffnung eines öffentlich geförderten Arbeitssektors, der - tariflich ausgestaltet - in Verbindung zu Öffentlichem Dienst und Handwerk Langzeitarbeitslose an (ökologisch sinnvolle und sozial nützliche) Arbeit heranführt und qualifiziert.
- Intensivierung der *Bildungs- und Forschungspolitik* sowie der beruflichen Bildung und der betrieblichen Fort- und Weiterbildung.
- Neue und zusätzliche Arbeit über den staatlich initiierten „*Ökologischen Umbau*“ mit neuen umweltverträglichen, langlebigen Produkten und Produktionen, alternativen Energien und Verkehrssystemen und dem ökologischen Umbau der Landwirtschaft. Ziel ist eine nachhaltige, haushälterische Wirtschaftsweise, die Ressourcen schont, Immissionen verringert und Arbeitsplätze schafft und sichert. Als ebenso arbeitsintensiv ist der *Ausbau der sozialen Netze* in den Bereichen Nachbarschaft, Jugend, Alte, Kranke, sozial Schwache, sowie Arbeit in Sport und Kultur und allgemeinen Dienstleistungen voranzutreiben.

Für die *Finanzierung* des ökologischen Umbaus wäre bei entsprechenden Anreizen privates Kapital zu interessieren. Zur Finanzierung der Sozialen Sicherheit und der Sozialen Netze schlagen wir vor: Arbeitsmarktabgabe für einkommensstarke Selbständige und Beamte, Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, Einführung einer Ökologie-Steuer sowie einer Wertschöpfungsabgabe, eine einmalige Abgabe auf Vermögen („Lastenausgleich“) sowie die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Subventionsbetrug.

Nach allen Erfahrungen ist die Pakt-Idee weder etwas für das politische Schaufenster, noch nur eine bloße Vision. Sie ist eine dringliche Aufgabe für Jahre: Zuerst müssen sich die Non-Profit-Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen für sie verbinden. Also

Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte, Mitarbeitervertretungen, mit kirchlichen Diensten, kirchlichen Werken (Caritas und Diakonie) und - nicht zuletzt - Kirchen, mit Bürger- und Selbsthilfeinitiativen. Es braucht hier die unverdrossene Vertrauensbildung untereinander, die dann auch Parteien und Regierungen einerseits, Unternehmen und Unternehmensverbände andererseits in die Pflicht nehmen kann und muß.